

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	56
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	25.11.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Frau Widmann (S/OB Klimaschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Stuttgarter Klima-Innovationsfonds fördert Kampagne "Stuttgart knackt die 10 Prozent!" - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Kohlmeyer (S/OB) betont, Frau Widmann leite das Team Klimakommunikation in der Stabstelle Klimaschutz und sei den Gremiumsmitgliedern durch ihre Vorstellung der Kampagne "#jetztklimachen" bekannt. In der heutigen Sitzung solle das bereits im September angerissene Thema dargestellt werden, welches der Klima-Innovationsrats für den Stuttgarter Innovationsfonds ausgewählt habe. Der Verwaltung und dem Innovationsrat sei wichtig gewesen, dass das Projekt rasch starten könne, da es ein Energiesparprojekt von der auf Bundesebene für diesen Bereich am stärksten vertretene Organisation sei. Diese Organisation werde im Zusammenhang mit dem Aspekt von Energiespartipps für die Bevölkerung stets im Zuge der Verbraucherzentrale genannt.

Frau Widmann (S/OB Klimaschutz) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation und stellt hierbei das Energieeinspar-Projekt von "co2online" dar.

Ergänzend weist Herr Kohlmeyer auf ein weiteres im Juni vor eineinhalb Jahren beschlossenes Projekt hin. Es handle sich um ein von dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördertes Projekt, das sich an die gewerblichen und privaten Immobilienbesitzenden wende. Falls sowohl die Mieter*innen als auch die Immobili-

enbesitzer*innen in ihren Kenntnissen und in ihrer Handlungsfähigkeit hinsichtlich des Energiesparens gestärkt würden, würden diese beiden Seiten gut zusammenfinden. Die Diskrepanz zwischen der Mieterschaft und den Immobilienbesitzenden gehöre der Vergangenheit an. Vielmehr besäßen beide Seiten in der heutigen Zeit ein großes gemeinsames Interesse, ihre Energiekosten zu senken. Dies betreffe die Reduzierung der Energiekosten insbesondere im Bereich der kostspieligen fossilen Energieträger. Es sei daher erfreulich, dass nun ein zweites Förderprogramm zu dem bereits bestehenden hinzukomme.

StRin Munk (90/GRÜNE) äußert ihren Dank für die bereits am Vortag erfolgte Zusendung der Präsentation. Das Thema der Klimakrise und der Aspekt der Heizkosten stellen letztendlich eine soziale Frage dar. In diesem Zusammenhang dürfe die Gesellschaft nicht auseinanderbrechen. Die Aspekte der Energieeinsparung und des Klimaschutzes sowie das Thema der Kostentragung der sich vertuernden Energieversorgung besäßen eine große Bedeutung. Hierbei stelle das Energiespar-Projekt co2online ein wichtiges Instrumentarium dar, um die Bürgerschaft hinsichtlich des Energieeinsparungspotenzials zu beraten und zu unterstützen. Sie habe selber versucht, das Formular der digitalen Heizkostenberatung auszufüllen, was jedoch nicht einfach gewesen sei, so die Stadträtin. Es erfordere eine gewisse Übung und die erforderlichen Unterlagen, um dies zu bewältigen. Es stelle sich die Frage, ob nicht ebenso Sozialunternehmen wie die Caritas oder die Evangelische Gesellschaft integriert werden könnten zur Unterstützung bei der Beratung bedürftiger Bürger*innen. Zudem erfordere es ein Förderprogramm beispielsweise für den Austausch von Heizungsdrehknöpfen bei Mieterinnen und Mietern mit geringem Einkommen, die mit Einzelmaßnahmen an ihre Grenze stießen.

Seine Fraktion begrüße das Ziel des Projekts "co2online", 10 Prozent Energie einzusparen, so StR Sakkaros (CDU). Dieses sei positiv sowohl für das Klima als auch für die finanzielle Situation der Bürger*innen. Allerdings stelle sich die Frage, wie technische Lösungen vorangebracht werden könnten. In einer der vorherigen Sitzungen des AKU habe eine konstruktive Diskussion über das Thema von Smart-Home-Lösungen stattgefunden. So könne ein altes Thermostat gegen ein digitales Thermostat ausgetauscht werden. Aufgrund der Kleinteiligkeit gestalte sich die Umsetzung dieses Aspekts jedoch schwierig. Mit einer Smart-Home-Lösung könne selbst eine alte Gas-Kombi-Therme digitalisiert werden.

Für StR Dr. Jantzer (SPD) stehe bei der Frage, was eine Innovation charakterisiert, die Nutzung der von dem Unternehmen "co2online" erarbeiteten erfolgreichen digitalen Plattform im Vordergrund. Vor dem Hintergrund der aktuell bestehenden Energiekrise sei das Projekt richtig aufgestellt, da es zeitnah einen Beitrag zur Energieeinsparung in der Stadt leiste. Es stelle sich die Frage nach dem weiteren Verlauf, bei dem die Digitalisierung als Instrument eine sehr große Rolle spiele. Es stelle kein neues Thema dar, wie die Bürgerschaft mit einer zielgenauen Beratung erreicht werden könne, um eine Erhöhung des Sanierungsgrads zu erreichen. Das Unternehmen sage aus, Schwerpunktthemen seien die Strom- und Energieeinsparung, die Modernisierung, das Bauen und die Fördermittel. Die Verknüpfung mit den Fördermitteln sei eine strategische Fragestellung in dem geförderten Pilotprojekt. Es sei in einem weiteren Schritt mit dem Amt für Umweltschutz (AfU) wichtig, wie sich die Orientierung für die Bürgerschaft bei der Fragestellung gestalte, ob die Sanierungsmaßnahmen leistbar seien. Fraktionsübergreifend werde auf die Wärmepumpen- und Niedertemperaturtechnologie ein Schwerpunkt gelegt. Die Gebäude müssten darauf vorbereitet werden, "Niedertemperatur-ready (NT-

ready)" zu sein. Der Bürgerschaft müsse die Mindestervartung mitgeteilt werden, den Heizungstausch vorzubereiten. Er selbst wohne in einer Altbauwohnung, die von einer Wärmepumpenbrennwerttechnik geheizt werde.

Es stelle einen intelligenten Ansatz dar, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), alle Dinge, die sinnvoll seien, aber einen langen Zeitraum benötigten, über eine bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorgenommene Verhaltensänderung zu erreichen. Mit dieser Verhaltensänderung könne rasch ein Beitrag zur Energieeinsparung geleistet werden. Die Einbindung von Vermieterinnen und Vermietern und der Mieterschaft und die Stärkung des Netzwerks über die Sozialverbände seien positiv zu begrüßen. Falls die Gebäude hinsichtlich Smart-Home-Technik aufgerüstet worden seien, stelle sich die Frage nach der langfristigen Entwicklung, da nach dieser Nachrüstung zunächst keine weitere Motivation für zusätzliche Einsparmaßnahmen bestehe. Jegliches Umweltszenario gehe davon aus, dass im Bereich der Wärme 50 Prozent Energie eingespart werden müssten. Daher müsse der nächste Schritt bereits angedacht werden, da ansonsten der Entlastungseffekt durch eine positive Kommunikationskampagne nicht zum Tragen komme. Es stelle sich die Frage, wie das Projekt mit dem Energieberatungszentrum (EBZ) und den zahlreichen Förderprojekten in den Quartieren sowie mit der Wärmeplanung verknüpft sei. Angesichts des in der Präsentation dargestellten Ziels von 18 Mio. Sichtkontakten und 450.000 Aktivierungen müssten weitere Maßnahmen durchgeführt werden. Daraufhin wird dem Stadtrat mitgeteilt, dass bereits ein "Like" als Aktivierung zähle.

StR Ozasek (PULS) betont, das Projekt sei ein interessantes Anwendungsfeld für künstliche Intelligenz und daher zu begrüßen. Allerdings irritiere ihn, dass der Personenkreis "Bonuscard plus Kultur" nicht explizit genannt sei. In der Präsentation sei unter dem Titel Vernetzung und Beratung vor Ort die Ausbildung von Energie-Scouts aufgeführt. In diesem Zusammenhang sei er sehr verwundert und verärgert über die sang- und klanglose Einstellung des Stromsparchecks durch die Caritas gewesen. Zu diesem Thema habe zu keiner Zeit eine Berichterstattung stattgefunden. Offenbar hätten keine Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE) mehr besetzt werden können. Selbst das Energieberatungszentrum (EBZ), welches das Personal qualifiziert habe, sei brüskiert gewesen. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Stadtrat einen frühzeitigen direkten Austausch mit dem Jobcenter zu diesem Thema. Aufsuchende Hilfe sei für den Personenkreis entscheidend. Es stelle sich die Frage, ob eine CD verteilt und hierfür erhebliche finanzielle Mittel aus dem Budget ausgegeben werden müssten. Dagegen sei ein QR-Code geeigneter. Wie von StR Dr. Jantzer ausgeführt, sollen das Ziel der Beratung "NT-ready-Gebäude" sein. Der Stadtrat betont, Schornsteinfeger als erste Ansprechpartner in Energiefragen in der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) müssten für das Thema energiesparendes Heizen gewonnen werden. In den meisten Fällen würden diese aussagen, es führe kein Weg an einer Gasheizung vorbei und würden somit völlig falsche Hinweise für die Heizmöglichkeiten geben. Zudem konkretisierten diese Aussagen jegliche Bemühungen, die regenerativen Energiesysteme hoch zu skalieren.

Er sehe das Programm als einen Anstoß, so StR Zaiß (FW), um die Bürgerschaft auf eine Verbesserung ihres Energieverhaltens aufmerksam zu machen. Während hierzu technische Möglichkeiten wie beispielsweise die Nutzung des QR-Codes bestünden, werde ebenso ausgesagt, es müsse lediglich die Heizung herabgedreht werden. Ihm sei nicht bekannt, wer mit dem Programm angesprochen werde, so StR Zaiß. Falls Zuschüsse und Förderprogramme gewährt würden, ergebe dies keinen

Anreiz für die Bürgerschaft, Energie einzusparen, da sie so keine finanziellen Belastungen spüre.

StR Köhler (AfD) erwidert StR Ozasek, die Schornsteinfeger besäßen durchaus einen realistischen Blick auf die Dinge.

Derzeit bestehe die Situation einer massiven Verteuerung massiver Energien, so Herr Kohlmeyer. Dieses Thema werde auf jeglichen Ebenen, wie der EU und des Bundes, bearbeitet. Es sei extrem wichtig, vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und des gesellschaftlichen Zusammenhalts konkrete Hilfen anzubieten. Sehr viele Haushalte würden trotz Gas- und Strompreisbremse von diesem Thema betroffen sein. Es seien hierzu Gespräche mit kirchlichen Einrichtungen durchgeführt worden und es bestehe ein Bedarf nach einem generalstabsmäßigen Vorgehen. Zwar seien bereits große Teile der Bürgerschaft in Bezug auf das Thema Energieeinsparung sensibilisiert, allerdings würden noch nicht alle Maßnahmen, wie beispielsweise die Nutzung digitaler Thermometer, die Entlüftung der Heizung und die Anbringung von Isolation, hierzu umgesetzt. Es müsse ein Vertrauen mit der Gesellschaft aufgebaut werden, um für weitere schwierige Maßnahmen offen zu sein. Dabei bestünden zahlreiche soziale und technische Fragen, da sich die gesamte Materie sehr intransparent darstelle. Es müsse darauf geachtet werden, keine Lock-in-Effekte beispielsweise im Bereich der Heizungstechnologie zu provozieren. An StR Ozasek gewandt betont Herr Kohlmeyer, es würden keine CDs verschickt und der aktuelle Stand in Bezug auf die Caritas sei ihm nicht bekannt. Herr Dr. Görres (AfU) ergänzt, die Caritas habe das Beratungsangebot nicht mehr stemmen können, weshalb der Stromspar-Check der Caritas eingestellt worden sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand